



## MIT FRISCHEM SCHWUNG IN DAS JAHR 2014

Bei der Mehr Demokratie-Mitgliederversammlung am 23. und 24. November in Erfurt standen zwei Themen im Mittelpunkt: Die Arbeitsschwerpunkte des Jahres 2014 und die neuen Positionen des Vereins zum Bundestagswahlrecht.

Text Regine Laroche Foto Thomas Liehr

Knapp 60 Mitglieder hatten sich bei trübem Wetter im Augustinerkloster in Erfurt versammelt. Nachdem zunächst Nils Ehlers, Stefan Padberg und Tim Weber zur Versammlungsleitung gewählt und weitere Formalia abgearbeitet wurden, berichtete Vorstandssprecher Ralf-Uwe Beck von der zurückliegenden Kampagne „Volksentscheid – bundesweit“. Herz der Kampagne war ein sechsköpfiges Wahlkreisteam, das im Laufe des Sommers knapp 700 Menschen als Aktive gewinnen konnte. Es gab über 100 Aktionen mit dem aufblasbaren Grundgesetz und dem neuen Mehr Demokratie-Würfel und 15 sehr erfolgreiche Podiumsdiskussionen. Die bei der letzten Mitgliederversammlung beschlossene Plakataktion „Seit über 60 Jahren verhindert die CDU den bundesweiten Volksentscheid“ mit 75 Großflächen-Standorten in Berlin wurde von vielen in der Hauptstadt gut und überwiegend positiv wahrgenommen, auch die Medienresonanz zum

Thema bundesweiter Volksentscheid war überdurchschnittlich hoch. Besonders öffentlichkeitswirksame Aktionen waren eine nächtliche Lichtkunstaktion gemeinsam mit dem Künstler Ingo Bracke und „Der Aufrechte Gang“, initiiert von Michael von der Lohe, Geschäftsführer des OMNIBUS für Direkte Demokratie. Am 22. Oktober, dem ersten Tag der Koalitionsverhandlungen, überreichten Mehr Demokratie und der OMNIBUS 104.644 gemeinsam gesammelte Unterschriften für den Volksentscheid an SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Neben ihr sprachen sich während der Kampagne noch weitere SPD-Politiker/innen für die Einführung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene aus – insbesondere Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann. Ralf-Uwe Beck zog deswegen ein positives Fazit: „Auch wenn Mehr Demokratie noch nicht am Ziel ist – noch nie ist es uns bei Koalitionsverhandlungen, an denen die CDU beteiligt war, ge-

lungen, unser Thema so deutlich zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen.“

#### Planungen für das Jahr 2014

Der Antrag des Bundesvorstands für die Schwerpunkte und Vorhaben 2014, vorgestellt ebenfalls von Ralf-Uwe Beck, wurde nach eingehender Diskussion mit großer Mehrheit angenommen. Ein erster Schwerpunkt des Papiers war die Mitgliederwerbung: Bis Ende 2014 soll Mehr Demokratie von 8.000 Mitgliedern und Förderern getragen werden. Inhaltlich steht weiterhin die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene im Mittelpunkt (siehe Seite 4). Um Ideen von möglichst vielen Mehr Demokratie-Mitgliedern einzubinden, ist ein Strategietreffen zur Umsetzung der Pläne für 2014 geplant.

Ein wichtiges Datum wird zudem die Europawahl sein. Mehr Demokratie wird die Kampagne von Democracy International für Mehr Demokratie in Europa „Democratic Europe Now!“ unterstützen. Außerdem wird 2014 die endgültige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu ESM und Fiskalpakt erwartet – eine Gelegenheit, um in der Öffentlichkeit die Forderung nach obligatorischen Referenden bei der Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU zu unterstreichen. Die parallel zur Europawahl in einigen Bundesländern stattfindenden Kommunalwahlen sollen genutzt werden, um den Zustand der direkten Demokratie in den Kommunen und auf Länderebene zu kommentieren und Veränderungen zu begleiten.

#### Reform des Bundestagswahlrechts

Ein weiteres Arbeitsfeld für 2014 und gleichzeitig Schwerpunkt der Mitgliederversammlung: Die dringend benötigte Reform des Bundestagswahlrechts. Der Arbeitskreis Wahlrecht hatte einzelne Elemente einer möglichen Wahlrechtsreform vorbereitet, die so einzeln abgestimmt werden konnten. Zugestimmt hat die Mitgliederversammlung den folgenden Forderungen:

- Senkung der Sperrklausel für den Deutschen Bundestag auf drei Prozent
- Einführung einer Ersatzstimme (Zweitstimme) für den Fall, dass die bevorzugte Partei an der Sperrklausel scheitert
- Mehr Einfluss der Wählenden auf die personelle Zusammensetzung des Bundestags durch eine stärkere Personalisierung
- Einführung einer Protestmöglichkeit auf dem Stimmzettel, die jedoch darüber hinaus keine sanktionierende Wirkung (etwa eine Verkleinerung des Bundestages) haben soll.
- Senkung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre. Der Bundesvorstand empfiehlt den Landesverbänden, diese Forderung auf allen politischen Ebenen zu stellen.
- Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts zum Bundestag auf alle EU-Bürger/innen und auf Menschen ohne

deutsche Staatsbürgerschaft, die seit längerem in Deutschland leben

- Mitglieder-Urwahlen zur Bestimmung von Wahlvorschlägen der Parteien sollen möglich werden
- Einführung eines Wahlhefts, das die kandidierenden Parteien nach Vorbild der Abstimmungshefte bei Volksentscheiden vorstellt

Keine Mehrheit fanden dagegen die folgenden Vorschläge:

- Einführung eines stellvertretenden Wahlrechts für Eltern von nicht wahlberechtigten Kindern
- Einführung von Mehrmandatswahlkreisen
- Vereinfachte Zulassungsbedingungen für Parteien zur Bundestagswahl
- Zulassung von öffentlichen Vorwahlen zur Bestimmung von Wahlvorschlägen der Parteien

Zu jedem der genannten Punkte gab es eine Aussprache sowie rege und vielfältige Diskussionen. Die von der Mitgliederversammlung angenommenen Vorschläge wird der Arbeitskreis Wahlrecht nun zu einem Gesamt-Reformvorschlag ausarbeiten und bei der nächsten Mitgliederversammlung präsentieren. Nach Verabschiedung soll der Reformvorschlag dem Bundestag übermittelt werden – flankiert durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Ein ausführlicher Artikel zum Thema Wahlrecht ist für die nächste Ausgabe des **md**magazins geplant.

#### Neue Regeln für die Vorstandswahlen und Bestätigung der Satzungsänderungen

Im Anschluss standen die ebenfalls vom Arbeitskreis Wahlrecht ausgearbeiteten Neuregelungen für Vorstandswahlen auf der Tagesordnung. Die Mitglieder haben Folgendes entschieden: Ab sofort sind diejenigen neun Kandidierenden in den Vorstand gewählt, die die meisten Ja-Stimmen auf sich vereinen können. Voraussetzung ist jedoch, dass die Gewählten jeweils mehr Ja-als Nein-Stimmen erhalten haben. Ebenfalls mit großer Mehrheit verabschiedet wurden die in der Einladung angekündigten Anträge des Bundesvorstands auf bestätigenden Beschluss verschiedener Satzungsänderungen aus den Jahren 2012 und 2013 (siehe **md**magazin Nr. 98 und die Informationen von Bundesvorstand und Abstimmungsleitung auf den Seiten 71-73).

Insgesamt war die Mitgliederversammlung ein produktives und inhaltlich sehr spannendes Treffen, bei dem zwischendurch genügend Raum für den mindestens genauso wichtigen persönlichen Austausch blieb. Nun also: Mit frischem Schwung in das Jahr 2014!

Regine Laroche ist Pressesprecherin von Mehr Demokratie.

